

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Pettzelle 0,60 Reichsmark (Reklame 1,20 Reichsmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Die Jugend und der gewerkschaftliche Geist

Eine Klage, die von alten Gewerkschaftlern immer wieder erhoben wird, ist die: der alte gewerkschaftliche Geist lebt in der jungen Generation nicht fort. Und diese Klage ist gewiß weit hin berechtigt. Sie kann sogar noch dahin erweitert werden, daß selbst auch die Generation nicht mehr von dem alten sieghaften gewerkschaftlichen Geist befeelt ist, die zwischen der alten und der jungen Generation steht, denn an den durchaus ungenügenden Fortschritten der Gewerkschaftsbewegung ist ja nicht die Jugend schuld, sondern jener Teil, der heute sozusagen im gewerkschaftlichen Heer aktiv dienen müßte, aber diese Aktivität zu einem großen Teil mehr oder weniger völlig vermissen läßt. Wenn nicht ein kleiner Teil die höchste Aktivität entwickeln und mehr leisten würde, als seine Pflicht wäre, dann würde es wahrlich traurig um die Gewerkschaftsbewegung aussehen. Den vielen Verjüngern fehlt die Kenntnis von dem innersten Wesen der Gewerkschaftsbewegung, es fehlt ihnen dazu die von den alten Kämpfern gemachte Erfahrung, daß die Gewerkschaftsbewegung, oder speziell der Verband, nur durch ununterbrochenes Kämpfen und Vorwärtstreben der Mitglieder den gesteckten Zielen näher gebracht werden kann. Heute noch erzählen es uns die „Alten“ mit Begeisterung und innerer Genugtuung, wie sie allen Hemmungen zum Trotz sich jeden Fortschritt erkämpft haben. Traurig und oft verbittert, schließen sie mit der erwähnten Klage, daß es heute an diesem idealen Kampfgeist fehle.

Wer will den ersten Pionieren der christlichen Gewerkschaftsbewegung das Recht streitig machen, Kritik zu üben, zumal sie so berechtigt ist? Gewiß gab es damals auch eine indifferente Masse, aber die, welche einer gewerkschaftlichen Organisation angehörten, waren auch durchweg wirkliche vollwertige Mitglieder. Es waren Gewerkschaftler. Mittlerweile ist aber ein ganzes Mannesalter vergangen. Eine Unmenge von praktischen Erfahrungen wurden gemacht, eine außerordentlich weitgehende, ziffermäßig gar nicht zu erfassende Schulungs- und Bildungsarbeit ist geleistet worden. Und dennoch, der Erfolg ist recht ungenügend. Selbst Leute mit einer jahrelangen Mitgliedschaft scheiden eines guten Tages oft mit den wichtigsten Begründungen aus dem Verband aus. Die Fluktuation ist sehr stark. Selbst wenn es gelingt, für jedes ausscheidende Mitglied sofort wieder Ersatz zu bekommen, so bleibt dennoch ein großer Verlust. Ganz abgesehen von der Tatsache, daß der Fortschritt unterbrochen oder doch wenigstens stark gestört wird, geht mit dem Ausscheiden eines Mitgliedes auch eine Menge aufgewandte Arbeit und geopferetes Geld verloren.

Der tiefste Grund des Kommens und Gehens ist in der veränderten Denkweise vieler Arbeiter zu suchen. Während ehemals, wie schon erwähnt, die „Alten“ davon überzeugt waren, daß die gewerkschaftliche Organisation nur durch ein stetes Ringen und Kämpfen der Mitglieder vorwärtsgedrängt werden könnte, geht die heutige Massenansicht dahin, daß der Verband für die Mitglieder kämpfen müsse. Und diese Ansicht wäre an sich ja auch richtig, wenn nur nicht der Kampf der Mitglieder für den Verband unterbliebe. Auch heute noch ist es so, daß in erster Linie der Kampf der Mitglieder für den Verband geführt werden muß, und daß erst dann, allerdings mit vervielfältigter Kraft, der Verband für die Mitglieder wirken kann.

Doch eines hat sich geändert! Nicht nur in den ersten Gründerjahren, sondern auch noch in der Zeit kurz vor dem Kriege war der Kampf für die gewerkschaftliche Organisation seitens der Mitglieder oft mit den schwersten Opfern verbunden. Heute ist dieses, von Ausnahmen abgesehen, nicht mehr der Fall. Durchweg kann man kaum noch von einem Kampfe der Mitglieder in des Wortes

voller Bedeutung reden. Um so leichter wäre nun der Einsatz der Massenkraft. Aber er bleibt aus, denn der Unverstand sagt immer wieder: „Erst soll mal der Verband dafür sorgen usw., und dann —“ Doch der Verband hat schon so viel getan und für dieses und jenes gesorgt, es wurden dennoch nicht die notwendigen Folgerungen daraus gezogen. Das Endergebnis ist recht betrüblich.

Heute steht die gewerkschaftliche Organisation im Gegensatz zu früher in vorderster Kampffront. Der Gegenstand ist bedeutend. Die Verluste aller Art sind viel stärker, denn ehemals. Nicht nur an die materiellen Kampfmittel werden die größten Anforderungen gestellt, sondern auch an die ideellen Kräfte der Bewegung. Auch die Nervenkraft ihrer Träger ist stärkster Abnutzung ausgezehrt. All dies wird viel zu wenig beachtet, um so mehr wird geschimpft.

Es wird höchste Zeit, um diesen Erscheinungen zu begegnen. Nach wie vor muß natürlich alles getan werden, um der Fluktuation durch eine fleißige Aufklärungsarbeit Einhalt zu gebieten. Die Säumnigen müssen an ihre Pflichterfüllung gegenüber der Bewegung erinnert werden. Bei all dieser Arbeit für die Gegenwart darf ein nicht übersehen werden: das Vorhandensein eines guten, grundlastreuen, kampfbereiten Mitgliederstammes. Dieses setzt allerdings eine systematische, anhaltende Erziehungsarbeit voraus. Und weil diese Erziehungsarbeit bisher in nur ungenügender Maße Beachtung und Durchführung gefunden hat, deshalb wollen die Klagen nach dem geschwundenen Gewerkschaftsgeist der früheren Zeit nicht verstummen.

Wer von all denen, die sich heute darüber bitter beschweren, daß die Jugend in gewerkschaftlicher Beziehung so sehr versagt, hat sich ernsthaft bemüht, die Jugend mit dem rechten Geist zu erfüllen? Vertritt etwa jemand im Ernst die Auffassung, die Jugend müsse schon allein wissen, was rechtens ist? Auch der trefflichste junge Mensch wird dem Wesen der Gewerkschaft fremd gegenüberstehen, wenn er nicht damit durch andere vertraut gemacht wird. Im günstigsten Falle ist er Mitglied der gewerkschaftlichen Organisation, aber das Wesen der Organisation ist nicht in ihm. Und darauf kommt es an. Wenn ihm die Kraftquelle und Grundlage der gewerkschaftlichen Organisation verborgen bleibt, dann vermehrt er nur die Zahl jener, die von ihrem Verband alles verlangen, und in ihm nur einen bürokratischen Apparat sehen, der ihnen möglichst viele materielle Vorteile besorgen muß. Wie soll die Jugend in der Tradition der alten Gewerkschaftler wurzeln oder sich mit ihr wenigstens eng verbunden fühlen, wenn es ihr verborgen bleibt, warum die Pflege der Tradition so wichtig ist, und vor allem, wie notwendig und wertvoll für sie persönlich die Denkweise der Alten und ihre gemachten Erfahrungen sind?

Die Jugend kennt nur das Heute, und der Blick der guten Jugend wendet sich auch dem Morgen zu. Aber es fällt ihr nicht selbst ein, nach den Schätzen der Vergangenheit zu suchen. Schätze wittert sie nur in der Zukunft. Und so ist es Pflicht der Alten, ihre Schätze der verschiedensten Art auf die Jugend zu übertragen, so, wie in der Natur auch die Pflanze selbst dafür Sorge trägt, daß es ihr nicht an gutem Nachwuchs fehlt. So betrachtet, wird das Versagen der Jugend nur Anklage gegen die Alten, wobei gewiß nicht außer acht gelassen zu werden braucht, daß es auch Jugendliche gibt, die tatsächlich allen Anlaß zur Klage geben.

Was nun? Unterrichtskurse für Jugendliche? Sie sind in diesem Falle gewiß nicht das geeignete Mittel. Am wirkungsvollsten ist hier die individuelle Beeinflussung des Jugendlichen durch den älteren Kollegen. Denn nur von Mund zu Mund, von Auge zu Auge, von

Herz zu Herz kann der Geist vermittelt werden, der die Jugend beherrschen muß, wenn auch sie zum Bannerträger des gewerkschaftlichen und sozialen Fortschritts werden soll. Wie leicht kann der alte erfahrene Kollege auf dem Wege zur oder von der Arbeit dem Jugendlichen von der Zeit erzählen, in der sie, „in der einen Hand die Axt und in der anderen das Schwert“, die Gewerkschaftsbewegung allen Gegnern zum Trotz geschaffen haben. Die persönliche Erzählung, mit persönlichen Erlebnissen illustriert, gewinnt auch für jugendliche Form, Leben und greifbaren Inhalt. Ohne Schulmeistererei können bei solchen Gelegenheiten dem jungen Kollegen das innerste Wesen der Gewerkschaftsbewegung und seine stärksten idealsten Triebkräfte dargelegt werden. Sage keiner, die Jugend habe überhaupt für derartige Gespräche kein Interesse, das Gegenteil ist der Fall. Wer ernsthaft den Versuch macht, wird fast nie enttäuscht werden. Erfüllt jeder der Jugend gegenüber seine gewerkschaftliche Pflicht, dann wird die junge Generation, wenn sie bereinst zum aktiven Dienst herangereift ist, nicht so kläglich versagen, wie das heute leider allzu oft der Fall ist. —d.

Die Bauunternehmer gegen die Bauauffassung der Industrie

In der kürzlich vom „Deutschen Wirtschaftsbund für das Baugewerbe“ herausgegebenen Schrift „Zur Wohnungsfrage“ nimmt diese Vereinigung baugewerblicher Unternehmer die Stellung gegen einige Vorschläge zur Beseitigung der Wohnungsnot. Insbesondere ist der Wirtschaftsbund keineswegs mit der Denkschrift des Ausschusses für Wohnungspolitik des Reichsverbandes der deutschen Industrie einverstanden. Während die letztgenannte Denkschrift die Wohnungsnot als nicht so sehr bedeutend hinstellt und sie offensichtlich abzuschwächen sucht, und den Fehlbetrag kaum über 100 000 Wohnungen schätzt, schätzt der Deutsche Wirtschaftsbund für das Baugewerbe den Fehlbetrag auf 800 000 und den jährlichen Neubedarf auf 150 000, so daß, wenn man diesen Fehlbetrag in zehn Jahren decken will, jährlich 230 000 Wohnungen hergestellt werden müßten.

Mit dem wohnungsreformerischen Rückschritt, der von dem Ausschuss des Reichsverbandes der deutschen Industrie in seiner Denkschrift scharf gefordert wurde, ist der Deutsche Wirtschaftsbund erst recht nicht einverstanden. Der Reichsverband fordert bekanntlich eine Herabsetzung des Ausmaßes der Wohnungen auf etwa 50 Quadratmeter und sagt ferner, daß es nicht angängig sei, daß man heute an das Material eines Hauses das Verlangen nach einer Ewigkeitsdauer stelle. Eine spätere Zeit werde das nachholen können und müssen, was die Gegenwart nicht leisten kann.

Hierzu schreibt der Deutsche Wirtschaftsbund für das Baugewerbe wörtlich: „Stets sind auch Vorschläge dahingehend gemacht worden, daß man bei der Ausführung möglichst sparsam vorgehen soll, einerseits durch Verwendung billiger Materialien, andererseits durch Beschränkung des Wohnraums. Gerade die Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie weist mit Nachdruck darauf hin, daß die Raumansprüche eingeschränkt werden müssen. Wir halten beide Wege für falsch. Wenn auch im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Ersparnis erzielt werden könnte, so werden für die Zukunft doch mehr Nachteile entstehen. Eine Wohnung aus minderwertigen oder nicht vollwertigen Baustoffen und nicht vollwertiger Ausführung hat naturgemäß in späteren Jahren einen größeren Reparaturaufwand nötig als eine solide erbaute Wohnung. Zudem müßte die Miete gegenwärtig höher sein, da die Lebensdauer einer solchen Wohnung stark verkürzt ist.“

Recht treffend stellt der Wirtschaftsbund dann weiter fest, daß wir nicht allein für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft bauen müssen, und er

hofft, daß die Zukunft uns bessere Wohngelegenheit bietet als sie jetzt zu finden ist.

Bekanntlich richtet sich die Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie auch gegen die Hauszinssteuer. Demgegenüber stellt der deutsche Wirtschaftsbund fest, er habe schon wiederholt betont, die Hauszinssteuer sei die einzige Quelle, die die Bauwirtschaft und damit die Gesamtwirtschaft speisen kann.

Hinsichtlich der Baukosten und Löhne ist die Aufzählung des Wirtschaftsbundes recht interessant. Er sagt: „Vielfach hat man bemängelt, daß die Baukosten heute verhältnismäßig hoch sind. Es trifft zu, daß sie über den allgemeinen Lebenshaltungsindeks liegen, dafür kann aber das Baugewerbe nicht verantwortlich gemacht werden.“

Der Deutsche Wirtschaftsbund für das Baugewerbe beschränkt sich nicht auf die oftmals recht scharfe Kritik an den Arbeiten des Ausschusses für Wohnungspolitik des Reichsverbandes der deutschen Industrie (ein bemerkenswerter Kampf der Wirtschaft gegen Wirtschaft), sondern er bringt auch Vorschläge zur Beseitigung der Wohnungsnot. Die vom deutschen Wirtschaftsbund für das Baugewerbe gezeigten Wege decken sich, was sehr beachtlich ist, im allgemeinen mit der Baupolitik, wie sie die behördlichen Stellen unter Einwirkung der Parlamente in der Nachkriegszeit eingeschlagen haben, also eine Verteidigung der Hauszinssteuer und der wohnungsreformatorischen Bestrebungen.

Aus der Rhein.-westf. Bau-gewerks-Berufsgenossenschaft

Die „Rhein.-Westf. Baugewerks-Zeitung“ veröffentlicht in der Nr. 6 vom 30. Mai d. J. die Geschäftsberichte der Sektionen IV (Düsseldorf) und V (Köln) der Baugewerksberufsgenossenschaft.

Diese Berichte geben auch der Bauarbeiterchaft manche Fingerzeige und sind daher wert, einander gegenübergestellt zu werden, soweit Vergleiche gegeben sind. Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1925.

a. Betriebsberzeichnisse.

	Sektion IV	V
An eingetrag. Betrieben 1926	4737 (4532)	4252 (4140)
Davon freiwill. selbstversch.	29 (26)	189 (181)
„ zwangselbstversch.	2737 (2587)	3163 (3091)

b. Löhne und Arbeitsverdienst.

Die nachgewiesenen Arbeitstage belaufen sich in Sektion IV auf 6 504 791 (7 424 093) und in Sektion V auf 6 078 513 (7 165 735).

Die Zahl der beschäftigten Arbeiter wird errechnet durch Teilung der Tagewerke mit 220 = 29 566 (33 746) bzw. 25 025 (29 833).

Die Lohn- bzw. Verdienstsomme beträgt 50 860 363 Mark (58 574 403) bzw. 49 407 891 (57 885 728). Der durchschnittliche Tagesverdienst des Arbeiters wird mit 7,245 Mk. (8,02) angegeben.

In diesen Zahlen spiegelt sich so recht der Rückgang der Baukonjunktur in 1926 wieder. Während 1925 in beiden Sektionen die Zahl der Beschäftigten mit 63 579 errechnet wird, sind es 1926 nur noch 54 591, also eine Vinderbeschäftigung von 8 988 Bauarbeitern gegenüber 1925 = 14,1 Prozent.

c. Unfälle.

Unfälle kamen zur Anmeldung 2550 (1984) bzw. 2718 (2401). Obgleich also die Zahl der beschäftigten Bauarbeiter um 888 zurückgegangen ist, hat sich die Zahl der Unfälle um 883 erhöht = 20,1 Prozent.

Den Tod hatten zur Folge 22 (32) bzw. 21 (19) Unfälle. Diese verteilen sich bei der Sektion V auf folgende Berufs-: 2 Maurerpoliere, 2 Maurer, 1 Zimmerer, 6 Bauarbeiter, 1 Erdarbeiter, 2 Lokomotivführer, 1 Heizer, 1 Fuhrmann, 2 Stukkateure, 1 Puffer, 1 Dachdecker und 1 Anstreicher. Bei Sektion IV fehlt die Untergliederung.

Diese Zahlen dürften für jeden Bauarbeiter ein dringendes Mahnzeichen sein, sich der großen Verantwortung in der Erhaltung von Leben und Gesundheit bewußt zu sein. Wieviel Tränen und Not durch diese Unfälle hervorgerufen sind, wissen am besten die von dem Unglück Betroffenen und deren Familien.

Entschädigungen

wurden insgesamt gewährt in Sektion IV für 1388 Empfänger 64 502,17 Mk. (1925 für 1348 Empfänger 439 888,93 Mk.), umgerechnet im Durchschnitt je Empfänger 1926 = 464,31 Mk. im Jahr oder 38,70 Mk. im

Monat. In Sektion V wurden gewährt 1926 für 1 753 Unfälle 735 206,18 Mk. (1925 für 1 684 Unfälle 534 467,31 Mk.), umgerechnet je Unfall 413,70 Mk. im Jahr oder 34,47 Mk. im Monat.

Von Interesse sind noch die

Verwaltungskosten.

	Sektion IV	V
Diese betragen 1926	64 180,12 Mk.	95 027,99 Mk.
Darvon für Ueberwachung der Betriebe	11 520,44 „	5 956,60 „
Kosten der Unfalluntersuch.	10 407,79 „	22 360,32 „
Gehälter der Angestellten u. Ueberwach. d. Betriebe	37 567,79 „	43 869,34 „
Reisekosten u. Tagelöhner der Angestellten	612,50 „	442,83 „

Betriebsbeschäftigungen wurden bei Sektion IV 2365, bei Sektion V 2127 vorgenommen. In der Sektion V wurden 449 Verstöße der Unternehmer und 43 Verstöße der Versicherten gegen die Unfallverhütungsvorschriften festgestellt, während der Bericht von Sektion IV nur sagt, daß die Zahl der Verstöße eine sehr hohe sei.

Wir sind mit dem Richterstatter darin einig, „daß Unfälle vermeiden besser ist, als Unfälle entschädigen“, es kommt nur darauf an, daß die Unternehmer helfen, diesen Gedanken in die Tat umzusetzen. Die Verwaltungskosten dieser beiden Sektionen betragen rund 159 200 Mk., welche doch neben der Entschädigung von 1 379 708 Mk., also insgesamt 1 538 908 Mk., erarbeitet werden müssen = 1,54 Prozent der Gesamtlohnsumme.

Würde nicht mancher Unternehmer so leichtfertig mit Leben und Gesundheit des Arbeiters spielen, mancher Unfall ließe sich vermeiden. Dabei sind wir ehrlich genug, zuzugestehen, daß auch mancher Arbeiter sich noch nicht daran gewöhnen kann, die Vorschriften zum Schutze der Arbeiter durchzuführen.

Unsere Organisation hat sich von jeher für einen wirksamen Bauarbeiterchutz eingesetzt und auch Mitwirkung in den Berufsgenossenschaften gefordert. Unternehmer und Gesetzgeber werden sich dieser berechtigten Forderung der Arbeiter auf die Dauer nicht verschließen können.

Alles in allem sehen wir, daß auf diesem Gebiete noch tüchtige Arbeit geleistet werden muß. Fester Grundriss eines jeden Bauarbeiters muß sein, die bereits vorhandenen Vorschriften restlos durchzuführen.

Helfst den Heimarbeiterinnen!

„Was gehen uns die Heimarbeiterinnen an?“ wird mancher da fragen. „Gott sei Dank, in unserem Beruf gibt es keine.“ Ist es aber richtig, daraus zu folgern, „daß sie uns nichts angehen“?, daß das Geschick dieses Teiles der Arbeitnehmerschaft uns gleichgültig sein kann? — Sehen wir etwas näher zu, so werden wir nicht leicht jemand finden, den wirklich keine Heimarbeiterin etwas angeht; dazu ist die Heimarbeit in

Von oben

Blick ich vom Dache oben
 Hinab auf Straße und Platz,
 Wo das Leben wie immer
 Lohnt in qualvoller Hast,
 Ach, da jähelnt das Gewimmel
 Mir possierlich und klein,
 Fast lebendig gemordenes
 Kinderpielzeug zu sein.
 Ohne Geräusch und lustig
 Dreht sich, bewegt sich das Bild,
 Ich vergesse die Arbeit,
 Kinderfrande mich füllt.
 Ihr, die trotz der Tiefen
 Euch der Sonne erhebt,
 Dem das Leben der Nitter
 Reut nur als Spielzeug sich heut:
 Steiget nieder zur Straße,
 Rieder zur Wirklichkeit —
 Hört der Menschheit Jammer,
 Sehet das Leid und Leid.
 Eynret das Drängen und Laßen,
 Sehe Nähe und Qual,
 Das possierlich von oben,
 Menschgroß auf chamel.

e. A.

Mammonismus und Atheismus

Die Religion Christi als Lebensgemeinschaft der Kinder Gottes mit dem Vater im Himmel lebt aus Glaube an Gott und aus Liebe zu Gott. Christus nannte sie das ewige Leben, das Reich Gottes, das Himmelreich, die Familie der Kinder Gottes mit dem Vater im Himmel. In eine Lebensgemeinschaft tritt man durch eine Wiedergeburt. Wenn jemand nicht wiedergeboren wird, aus dem Wasser und dem Geiste, kann er nicht in das Reich Gottes eingehen“ (Joh. 3, 5). Als Bedingung des Erlangens des ewigen Lebens forderte Christus immer wieder den Glau-

ben. „Wahrlich, wahrlich, ich sage euch: Wer an mich glaubt, der hat das ewige Leben. Ich bin das Brot des Lebens“ (Joh. 6, 47, 48). „Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben; niemand kommt zum Vater, als durch mich“ (Joh. 14, 6). Zum anderen bezeichnete er als die zwei großen Gebote oder Verfassungsgesetze des handelnden christlichen Lebens die Gottesliebe und Bruderliebe (Matth. 22, 34-40; Markus 12, 28-34). Glaube und Liebe als Hingabe an Gott aus ganzer Seele, aus ganzem Herzen, aus allen Kräften bauen die Lebensgemeinschaft mit Gott auf.

Der Glaube und die Liebe der Religion Christi werden im Menschen zerstört durch die Herrschaft der Verstandesaufklärung und der mammonistischen Wirtschaftsgestaltung oder Lebensauffassung.

Die Entfremdung weiter Kreise von der Religion Christi ging aus von der Verstandesaufklärung. Sie ist in allem Zweckhaften des Menschenlebens am Platze, ist aber Verneintheit, wenn sie den Sinn des Lebens mit verstandesmäßigem Wissen und Können zu begreifen, ergründen, beherrschen versucht. Sie verblendet den Menschengeist, macht ihn farberblind. Der Rationalismus, der anfangs noch der Jugend und den Idealen Altäre baute, kam im Verfolge zur Leugnung alles Uebernatürlichen, damit aller das innengebundene irdische Leben überfliegen- den Lebenswahrheiten und Lebenswerte.

Mehr als dieser Irrgang der Vernunft hat aber feilsche Verwäpung angerichtet die materialistische, besser gesagt mammonistische Wirtschaftsgestaltung, die durch den Geist des Kapitalismus und Sozialismus in alle handelnden Gruppen unseres Volkes eingebrungen ist, seitdem die an sich unansehbare kapitalistische Betriebsweise im ganzen Wirtschaftsleben sich einbürgerte. Es war recht, zweckmäßig und wirtschaftlich förderlich, daß alle Gütererzeugung und aller Güterumlauf nach höchster Wirtschaftlichkeit, das heißt Zweckmäßigkeit, rationalisiert wurde. Aber es war ein schwerer Mißgriff, daß man nun auch die feilsche Einstellung des wirtschaftenden Menschen, den Sinn seines täglichen Arbeitslebens rationalisierte, ihm den bloßen äußeren Zweck des gewinnbringenden Geschäftes gab, dessen Ertrag den Lebensbedarf und Lebensgenuss sichert. Der wirksamste Träger dieser mammonistischen Wirtschafts- und Lebensgestaltung

ward der Geist des Kapitalismus, der mit der unreligiösen liberalen Bourgeoisie zur Herrschaft kam.

Was die religionslosen Studierten nicht erreichen konnten, nämlich die breiten Massen des werktätigen, nicht Bücher lesenden Volkes vom religiösen Sinn des Lebens zu entfremden, das brachte die mammonistische Wirtschaftsgestaltung des Geistes des Kapitalismus zustande. Und zwar dadurch, daß er als den einzigen, vor dem berechnenden Verstande zu rechtfertigenden Leitsatz des Wirtschaftens den greifbaren Nutzen, das möglichst gewinnbringende Geschäft zur Anerkennung brachte. Das Geschäft sei eben nur ein Geschäft. Es erweise sich als gut durch das Maß seines Erfolges, des Gewinnes, mit dem man sich gesellschaftliche Stellung und Lebensgenuss verschaffe. Das Geheimnis des Geschäftes sei das kluge, möglichst erfolgreiche Gewinnmachen. Religiös-sittliche Leitgedanken, die man als Sentimentalität bezeichnete, seien dabei nicht am Platze; es hindere den Erfolg des Geschäftes.

Nun will aber der nach Glück hungernde Mensch an etwas seine Seele, seinen Lebenswillen verschonken. Verschont er ihn in seiner alltäglichen Werttätigkeit oder geistigen Arbeit an den Hunger nach dem Beherrschen und Genießen der äußeren Güter des Lebens, nach dem Mammon, so beherrscht dieser sein Sinnen und Erachten nicht nur während der Arbeit in der Wirtschaftsgestaltung, sondern bald auch in seiner ganzen Lebensgestaltung. Das hat Christus in der Bergpredigt in unübertrefflicher Seelen- und Menschenkenntnis in den Sätzen erklärt: „Denn wo euer Schatz ist, da ist euer Herz... Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon“ (Matth. 6, 21-24).

Gleich und gleich gefellt sich gern,
 Wer du bist zeigt dein Begleiter.
 Aus dem Knecht kennt man den Herrn,
 Aus der Fahne ihren Streiter,
 Was du billigt, ob nur fern,
 Ist nach Tagen oder Wochen
 Dein, als ob du's selbst gesprochen.

Orillparzer.

Deutschland zu weit verbreitet. Und geht ihn die Heimarbeiterin etwas an, dann geht ihn auch ihr Beruf und ihre Lebenslage etwas an. — Die Berufs- und Betriebszählung hat uns den enormen Umfang der Heimarbeit, besonders für die Bekleidungs- und für die Textilindustrie, mit Zahlen vor Augen geführt, die eine laute Sprache reden. Es soll aber hier nicht von den vielen die Rede sein, die man nicht kennt, sondern von den wenigen, die der eine und der andere von uns ganz genau kennt, und auf die er Einfluß hat. Hier ist es die verwitwete Mutter, die durch irgendeine Art von Mäharbeit zuverdient, dort die Schwester oder eine andere weibliche Angehörige, die sticht oder häfelt oder Krawatten macht, oder sonst andere in der Nachbarschaft und Freundschaft, die andere Arten von Heimarbeit tun. Denn auf die Familienbeziehungen kommt es uns ja hier am wenigsten an und auch darauf nicht, für welche Industrie die Heimarbeit getan wird. Worauf es ankommt, ist, ob die Heimarbeiterinnen dem Gedanken der Berufszugehörigkeit aufgeschlossen sind, — dann wird es leichter sein, sie der Berufsorganisation zuzuführen — oder ob es gilt, ihnen das Verständnis dafür erst zu erwecken. Und wenn nun der Ruf: „Helft den Heimarbeiterinnen, damit sie zum eigenen Wohl und zum Wohle des ganzen Standes sich organisieren!“ vom Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen an die Mitglieder des Bruderverbandes ergeht, so aus dem Vertrauen, daß diese besonders geeignet sind, solche Hilfe zu leisten. Denn, wir Frauen bestreiten nicht, daß das Wort des Mannes viel bei der Frau gilt; die meisten trauen ihm eine überlegene Erfahrung in Dingen des öffentlichen Lebens zu, und sie sind auch in gewerkschaftlichen Dingen geneigt, seinen Rat zu beachten.

Die Frage: warum sollen Heimarbeiterinnen sich organisieren? ist viel erörtert worden, und es soll hier von den Gesichtspunkten, die für die gesamte Arbeitnehmererschaft gelten, nicht ausführlich die Rede sein. Auf die Frage: „Was habe ich vom Verband?“ kann man den Heimarbeiterinnen einerseits von den Erfolgen sprechen, welche die Organisation unter der Führung ihrer bekannten Hauptvorsitzenden, der Reichstagsabgeordneten Dr. Margarete Behm, errungen hat, die als Vorkämpferin für Heimarbeiterreform weithin bekannt ist, andererseits von den Zielen, die sich der Verband steckt und um so schneller erreichen wird, je größer die Schar der organisierten Heimarbeiterinnen ist, die hinter ihm steht. —

Eine große Förderung der wirtschaftlichen Lage der Heimarbeiterin Deutschlands hat der Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen dadurch erreicht, daß es seinem Einfluß gelang, die Einbeziehung der Heimarbeiterin in die obligatorische Kranken- und Invalidenversicherung herbeizuführen, eine Sicherstellung, die auch die noch unaufgeklärte Unorganisierte zu werten weiß. Ferner wäre die Erwerbslosenfürsorge in Deutschland an den Heimarbeiterinnen vorübergegangen, so wie sie es im Auslande getan hat (siehe England), hätte nicht der Gewerbeverein dafür gesorgt, daß sie berücksichtigt wurden. Dies, um nur einige schlagende Beispiele zu nennen. — „Geschieht etwas für die Löhne?“ — das will naturgemäß jede wissen; denn was helfen soziale Einrichtungen, solange die Arbeitskraft willkürlich ausgebeutet wird! Deshalb sei gesagt, daß der Verband in der Hebung der Löhne seine Hauptaufgabe sieht, überall, wo er Fuß faßt, setzt er sich dafür ein. Er sucht durch freien Vertragsabschluss die Löhne zu steigern und die Arbeitsbedingungen zu bessern. Da es sich um Leistungs-löhne handelt, so kommen nur Stücklöhne, oder sonst Stundenlöhne bei festnormierter Arbeitsleistung in Frage. Kein Vertrag wird abgeschlossen, ohne daß man versucht, bezahlte Ferien durchzusetzen; darauf legen die organisierten Heimarbeiterinnen einen Hauptwert. Wieviel mehr könnte erreicht werden, gelänge es, die Heimarbeiterinnen zu dem Verständnis aufzurufen, daß die, welche Arbeit zu jedem Lohne widerstandslos annehmen, nicht nur die eigene Arbeitskraft der Ausnutzung preisgeben, sondern darüber hinaus ein Hindernis für das Höherbringen der Löhne und den Aufstieg des Standes werden. Darüber unter anderem sollte man sie aufklären!

Dort, wo die Heimarbeiterin sich als wirtschaftlich zu schwach erweist, um durch Tarifabschlüsse aus eigener Kraft die Löhne zu heben, hat die Gesetzgebung ihnen in den Sachausschüssen des Hausarbeitgesetzes ein Werkzeug zur Verfügung gestellt, das berufen ist, ihre unzureichende Kraft zu stärken. Diese Lohnämter setzen sich aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern in gleicher Zahl zusammen unter unparteiischem Vorsitz; sie haben das Recht, dort, wo ein freier Abschluß nicht zustande kommt, Mindestlöhne rechtsverbindlich festzusetzen. In mancher Branche ist auf diese Art in den letzten Jahren der Lohn der Heimarbeiter gehoben und gesichert worden. — Aber auch von diesen obligatorischen Festsetzungen haben die Unorganisierten oft keinen Vorteil. Sie haben zwar Anspruch darauf; aber was nützt ihnen ein Anspruch, den sie nicht kennen? Mancher Arbeitgeber findet seinen Vorteil in der Unwissenheit der Heimarbeiterin. Und die behördliche Kontrolle

Um 25. Juni 1927 ist der sechsundzwanzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1927 fällig.

ist nicht so durchgreifend, daß sie sie schützte. Außerdem, es muß auch jemand da sein, der den Sachausschüssen die Anregung gibt, in Tätigkeit zu treten. Und sind die Arbeitnehmer-Organisationen schon unentbehrlich, um Vorschläge für Besehung dieser behördlichen Lohnausschüsse zu machen, so doch erst recht, um die Fälle zur Regelung vor den Sachausschüssen zu bringen und dort die Sache der Heimarbeiterin zu vertreten. So erweist sich auch hier die Notwendigkeit der Berufsorganisation.

Solange auch der Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen schon besteht — er hat bereits Mitglieder mit 26jähriger Mitgliedschaft —, und so treue Vertreter der Gedanke des Zusammenschlusses unter ihnen gefunden hat, so kommt es doch auch heute nicht selten vor, daß Neueintretende sagen: „Ich würde ja schon längst Mitglied sein, wenn ich nur vom Verbands gewußt hätte!“ Diesen vor allem weise man den Weg! Viele Heimarbeiterinnen schätzen die monatlichen gewerkschaftlichen Zusammenkünfte sehr, die in allen Ortsgruppen (Zahlstellen) regelmäßig stattfinden; die Heimarbeiterinnen haben, da sie vereinzelt arbeiten, sonst nicht Gelegenheit zur Aussprache mit den Kolleginnen. In jeder Mitgliederversammlung sind unorganisierte Heimarbeiterinnen als Gäste willkommen. Auf die wirtschaftlichen Hilfseinrichtungen, die in mannigfaltiger Art getroffen sind, kann um der Knappheit des Raumes willen hier nicht näher eingegangen werden. Weitere Auskunft gibt die Hauptgeschäftsstelle, Berlin W, Kollendörferstraße 15. Sie übermittelt auch Adressen der auswärtigen Zahlstellen. Elisabeth Landsberg.

Interessante Zahlen.

Im Reichsministerialblatt Nr. 18 vom 22. April 1927 ist die „Uebersicht der Einnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen und Abgaben für die Zeit vom 1. April 1926 bis 31. März 1927“, also für das Rechnungsjahr 1926, abgedruckt. Während in dem abgelaufenen Etatsjahr der Voranschlag der Einnahmen mit 6685 Millionen angenommen war, sind tatsächlich 7174 Millionen oder rund 490 Millionen — also fast 1/2 Milliarde — Mark mehr gekommen. Nun ist vorweg zu bemerken, daß von diesem Mehr an Ueberweisungen an die Länder usw. rund 275 Millionen abgehen, so daß also dem Reiche selbst nur etwa 214 Millionen verbleiben. Von diesem Betrag müssen wieder 200 Millionen in den Haushaltsplan für 1927 übernommen werden, um letzteren auszugleichen.

Was nun das Aufkommen im einzelnen anbetrifft, so sind an Einkommenssteuer eingekommen:

a) aus Lohnabzug (rund) . . .	1 095 000 000 RM.
b) aus Kapitalertrag . . .	94 000 000 RM.
c) andere (Veranlagte etc.) . . .	1 064 000 000 RM.
	<u>2 253 000 000 RM.</u>

Vorgesehen waren im Voranschlag nur 2 100 000 000 Reichsmark. Beachtenswert ist die Tatsache, daß die Einkommenssteuer aus Lohnabzug mehr erbringt als die Einkommenssteuer der Veranlagten.

Die Körperschaftsteuer erbrachte rund 382 Millionen gegen 250 Millionen im Voranschlag.

Die Vermögenssteuer brachte 41 Millionen RM. weniger als im Voranschlag vorgesehen (359 Millionen gegen 400 Millionen). Ebenso erbrachte die Erbschaftsteuer nur etwas mehr als die Hälfte des vorgesehenen Betrages (Aufkommen 34 Millionen, Voranschlag 60 Millionen).

Auch die Umsatzsteuer hat wesentlich weniger eingebracht als angenommen war:

	Aufkommen:	Voranschlag:
a) Allgemeine Umsatzsteuer	865	974 Mill.
b) Herstell- u. Kleinhandelssteuer	11	8 Mill.

alles in allem also rund 106 Millionen Mark weniger.

Die Grunderwerbsteuer brachte 28 Millionen RM. gegen 20 Millionen des Voranschlages.

Beträchtlich mehr als vorgesehen erbrachte die Kraftfahrzeugsteuer, welche genau die Hälfte mehr als im Voranschlag angenommen erbrachte, nämlich 105 Millionen gegen 70 Millionen.

Die Kapitalverkehrssteuer zeigt folgendes Bild:

	Aufkommen:	Voranschlag:
a) Gesellschaftsteuer	58	60 Mill.
b) Wertpapiersteuer	23	8
c) Börsenumsatzsteuer	83	50
d) Aufsichtsratssteuer	0,75	—

Unter Hinzurechnung der sonstigen Aufkommen bzw. Voranschlagsätze ergibt sich für Besitz- und Verkehrssteuern ein Gesamtaufkommen von 4711 Millionen gegen einen Voranschlagsatz von 4506 Millionen.

Zu diesen unmittelbaren Reichseinnahmen kommen noch die Zölle und Verbrauchssteuern. Davon sind verpfändet für Reparationszwecke die Zölle,

die Tabaksteuer, die Zucker- und Biersteuer und die Einnahmen aus dem Branntweinmonopol.

Eine der interessantesten Gegenüberstellungen ist dabei das Aufkommen aus Zöllen gegenüber dem Voranschlag. Es kamen nämlich auf: 940 Millionen, wogegen im Etat nur 580 Millionen veranschlagt waren, also allein bei den Zöllen ein Mehr von 360 Millionen.

Rechnet man das Ergebnis sämtlicher verpfändeter Einnahmen zusammen, so ergibt sich ein Aufkommen von 2405 Millionen, während nur 1907 Millionen veranschlagt waren. Es kam also rund eine halbe Milliarde Zölle und Verbrauchsabgaben mehr als vorgesehen waren.

Der Reichshaushalt, wie er für das Rechnungsjahr 1927 — also für die Zeit vom 1. April 1927 bis 31. März 1928 — aufgestellt ist, weist in Einnahme und Ausgabe die gewaltigen Beträge von jeweils rund 9,3 Milliarden auf.

Die bedeutendsten Posten auf der Einnahmeseite sind:

Einkommensteuer . . .	2 620 Millionen
Körperschaftsteuer . . .	400 „
Vermögenssteuer . . .	470 „
Umsatzsteuer . . .	900 „
Zölle . . .	890 „
Tabaksteuer . . .	700 „
Zuckersteuer . . .	275 „
Branntweinmonopol . . .	210 „
Verwaltungseinnahmen . . .	327 „
Münzprägung . . .	190 „
Ueberchuß 1926 (s. oben) . . .	200 „
Biersteuer . . .	335 „

Der Rest der übrigen Einnahmen verteilt sich auf Erbschafts-, Kapital-, Verkehrs-, Kraftfahrzeug-, Wechsel-, Personen- und Güterbeförderungssteuer usw.

Die Hauptausgabeposten sind:

Ueberweisung an die Länder . . .	3083 Millionen
Innere Kriegslasten . . .	1516 „
Reparationszahlungen . . .	899 „
Soziale Ausgaben . . .	892 „
Besoldungen . . .	741 „
Reichsschulden usw.	494 „

Allgemeine Rundschau

50 Jahre Raiffeisengenossenschaften als Vorbild des Selbsthilfegedankens

In diesen Tagen begeht die deutsche Raiffeisen-Organisation die Feier ihres 50jährigen Bestehens. Der schlichte Landbürgermeister Friedrich Wilhelm Raiffeisen, der am 30. März 1818 in Hamm an der Sieg geboren wurde, rief sie ins Leben in einem Zeitpunkt, wo infolge des Uebergangs von der Hauswirtschaft zur Marktproduktion der deutsche Bauernstand zugrunde zu gehen drohte und viele Bauern bereits in die Hände von Wucherern geraten waren. Raiffeisen erkannte die Not, entfachte den Gedanken der Selbsthilfe und wies gangbare praktische Wege, die bis heute in ihren Grundzügen vorbildlich geblieben sind in der ganzen Welt. Die Wirtschaft- und Hilfsvereine Raiffeisens ruhen auf unbedingter Selbsthilfe. Im Jahre 1872 wurde die Rheinische Landwirtschaftliche Genossenschaftsbank in Neuwied, die Vorgängerin der Landwirtschaftlichen Zentraldarlehnskasse (Deutsche Raiffeisenbank) gegründet, zwei Jahre später die Landwirtschaftliche Zentralbank, 1876 die Landwirtschaftliche Zentral-Darlehnskasse. Aus der Denkschrift, die aus Anlaß des 50jährigen Bestehens herausgegeben wurde, ist bemerkenswert, daß im Jahre 1925 bereits 5845 Spar- und Darlehnsvereine mit 631 263 Mitgliedern bestanden. Der Bestand an Sparkassengeldern betrug 57,2 Millionen Mark, während das gesamte Betriebskapital sich auf 248,7 Millionen Mark bezifferte. Der Warenumschlag erreichte eine Höhe von 108 Millionen Mark. Der Deutschen Raiffeisenbank u. G. waren im Jahre 1926 angeschlossen 8666 Vereine. Der Kassenumsatz bezifferte sich auf 6701,7 Millionen Mark. Die Raiffeisengenossenschaften sind nicht nur in Deutschland verbreitet. Sie wurden nachgeahmt in Italien, Frankreich, Belgien, Holland, Schweiz, Rußland, auf dem Balkan, in der Tschechoslowakei, ja sogar in Japan und Indien.

Mehr Achtung vor dem Gesetz!

Gesetze sind dazu da, daß man ihren Inhalt sowie den Willen des Gesetzgebers achtet. Sonst verlieren sie ihren Sinn. Besonders die amtlichen Stellen sollten peinlichst gewissenhaft in der Handhabung der Gesetze sein. Nun erleben wir beim Arbeitszeitgesetz das merkwürdige Schauspiel, daß der Lohnzuschlag für Ueberstunden grundsätzlich 25 v. H. betragen soll und die amtlichen Schlichter sich daran grundsätzlich nicht halten. Nur wenige Schiedsprüche setzen einen Zuschlag von 25 v. H. fest. Die meisten jedoch bleiben weit unter diesem Satz. Das kann ja nicht weitergehen, und es wird die höchste Zeit, daß der Reichsarbeitsminister seine Schlichter ganz eindrucksvoll zur Treue gegen das Gesetz ermahnt.

Kapitalmacht der Arbeitnehmer

Daß auch in Deutschland die Arbeiterbanken mehr und mehr an Bedeutung gewinnen, zeigt eine Abhandlung über „Die Kapitalmacht der Arbeitnehmer“ in Nr. 88 der „Vossischen Zeitung“. Es heißt dort: „Die in früheren Jahren gegen eine eigene Banktätigkeit der Gewerkschaften geduldeten Bedenken sind durch

die Erfolge dieser Banken widerlegt. Neben der Verwaltung der Gewerkschaftsgelder ist es ihnen gelungen, einen erheblichen Teil der Spartätigkeit der Arbeiterschaft zu erfassen. Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die Deutsche Volksbank, die Deutsche Wirtschaftsbank und die Bankabteilung des Bayerischen Eisenbahnerverbandes verfügten Ende 1926 über ein Aktienkapital von 6 500 000 Mark. In Reserven sind 590 000 Mark und an Depositionen gar 57 190 000 Mark zu verzeichnen. Der Reingewinn betrug 1 020 000 Mark und die Gesamtaktiven 65 530 000 Mark. Die Bank der freien Gewerkschaften, d. i. die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, sucht durch 5 Filialen und 17 Zahlstellen die Spartätigkeit zu erfassen. Die Einlagen betragen heute über 40 Millionen Mark. Die Deutsche Volksbank, die Bank der christlichen Gewerkschaften, nehme nach dem Abbau ihres in der Inflationszeit aufgeblähten Geschäftsapparates und nach der erfolgten Sanierung eine gute Entwicklung. Erfreulich sei das Anwachsen der Spareinlagen im Jahre 1926 um mehr als 2 Millionen Mark. Die Erfassung der Spargelder wurde ermöglicht durch mehr als 20 Sparannahmestellen und 6 Filialen.

In Depositionen verfügt die Deutsche Volksbank über 13,98 Millionen. Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten über 36,14 Millionen.

Das ist zweifellos ein guter Anfang der Erfassung der Spargelder der Arbeiterschaft in ihren eigenen Gewerkschaftsbanken. Die Deutsche Volksbank wurde in der Hauptsache als Sparbank der christlich-nationalen Arbeiter, Angestellten und Beamten gegründet. Die weitere Entfaltung der Spartätigkeit muß deshalb auch in allen Gliederungen der Gewerkschaftsbewegung nachhaltig betrieben werden. Allenfalls muß die Bedeutung dieser Arbeit erkannt und gefördert werden.

Die mit der deutschen Muttererde spekulieren

165 Aktiengesellschaften beschäftigen sich in unserem Vaterlande mit dem Grundstücksdeal. Sie verfügen über ein Nachtkapital von über 25 000 000 Mark. Von diesen Aktiengesellschaften sind in Konzerne zusammengefaßt 52. Die wenigen Zahlen zeigen dem, der tiefer zu blicken und Zusammenhänge zu erschauen vermag, welche ungeheure Macht im offenen und noch mehr im geheimen Kampfe entgegensteht unseren Bestrebungen, ein Recht zu schaffen, das diesen spekulativen Handel mit unserem Grund und Boden unterbinden will. Solange wir in solcher Abhängigkeit von diesen Kapitalmächtigen sind, über diese ihren unheilvollen Einfluß aus vor allem auf die Wohnwirtschaft in den Städten. Gerade das Bodenreformgesetz wird die Freiheit dieser Gesellschaften unterbinden, darum auch ihr erbitterter Kampf.

tariffbewegung

Künster i. B. Die hiesigen Kiesenleger befinden sich seit Montag, 13. Juni, im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

Stuttareure

Künster i. B. Am 12. Mai wurde zu Dortmund ein Schiedspruch gefällt, wonach für Stuttareure der Stundenlohn ab 12. Mai 1,42 M. betragen sollte. Der Vertreter der hiesigen Studunternehmer hatte aber vor Fällung des Schiedspruches in der Vorberhandlung die Erklärung abgegeben, „wir denken gar nicht daran, für Künster auch nur einen Pfennig Lohnerhöhung zuzugestehen. Auch müssen wir es ablehnen, daß Künster mit im Schiedspruch aufgenommen wird“. Der Erfolg war, daß tatsächlich Künster im Schiedspruch nicht benannt war. Um die Unternehmer nun zu zwingen, den Schiedspruch auch für Künster anzuerkennen, wurde am 26. Mai seitens der Stuttareure geschlossen die Arbeit eingestellt. Besonders sei hier festgestellt, daß gerade die Studunternehmer die Triebfeder waren, daß Künster unter den Industriearbeiter falls, und deshalb örtliche Verhandlungen ablehnten. In demselben Augenblick aber, als der Schiedspruch vom 12. Mai 11 Pf. Lohnerhöhung vorsah, wollten dieselben Unternehmer wieder örtlich verhandeln. Dieses wurde selbstverständlich von den Stuttareuren abgelehnt und von beiden Organisationen einstimmig der Streik beschlossen. Nach 3-wöchiger Streiddauer teilte uns der Studgewerbeverband, Ortsgruppe Künster, durch Schreiben vom 9. Juni 1927 mit, daß der in Dortmund gefällte Schiedspruch voll und ganz anerkannt wird. In einer kombinierten Versammlung wurde dann beschlossen, am Montag, den 13. Juni, die Arbeit wieder anzunehmen. Es sei noch erwähnt, daß während der ganzen Streiddauer kein Kollege wankelmütig geworden ist. Nachdem nun durch die Gewerkschaften ein voller Erfolg erzielt ist, darf es in Zukunft keine Anorganisierten mehr geben. Der teilhaben will an den gewerkschaftlichen Erfolgen, soll auch die gewerkschaftlichen Leiden mittragen. Also auf zur Verbearbeit!

Aus dem Verbandsleben

Buer i. B. Unsere Ortsgruppe hielt am 11. Juni eine Versammlung mit Frauen ab, woran sich eine Familienfeier anschloß. Recht zahlreich waren die Mitglieder und deren erwachsene Angehörige der Einladung des Vorstandes gefolgt. Diese Besprechung, die die Arbeit in der Verwaltungsstelle Gladbek in der Hand zeigte, daß geradezu ein Bedürfnis besteht, die Frauen des öfteren zu derartigen Zusammenkünften einzuladen. Selbstverständlich muß eine solche Versammlung von musikalischen und sonstigen Darbietungen umrahmt sein, damit auch der Frohsinn auf seine Kosten kommt.

Kollege Einig (Glabbed) machte bei der Gelegenheit beachtliche Ausführungen. Er wies darauf hin, daß es Aufgabe der Mitglieder sein müsse, allen gewerkschaftlichen Veranstaltungen das größte Interesse zu widmen. Vor allen Dingen müßten auch die Frauen der inneren Verbandsarbeit mehr als bisher die erforderliche Beachtung sphenken. Schaffe doch der christliche Bauarbeiterverband durch Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen die Grundlage für ein gedeihliches Familienleben. Somit sei es ganz natürlich, wenn die Organisation auch die Frauen zur Unterstützung der gewerkschaftlichen Obliegenheiten auffordere. Letztlich steht und fällt das familiäre Glück mit der Entwicklung innerhalb des Verbandes.

Sodann freiste Kollege Einig die Arbeitsmarktlage im hiesigen Baugewerbe. Gewiß sei in Buer im Augenblick genügend Arbeit vorhanden. Jedoch lägen schon Anzeichen für eine demnächstige Stockung der Bautätigkeit vor. Die Beschaffung der Baugelder mache Schwierigkeiten. Dadurch werde die Möglichkeit heraufbeschworen, daß angefangene Wohnbauten nicht vollendet und geplante nicht begonnen würden. Daher müsse seitens der maßgebenden Stellen alles getan werden, damit ein Rückschlag in der Bauwirtschaft nicht eintritt. Auf jeden Fall sei dieses eine dankbarere Aufgabe für die Regierungsverstellen und sonstigen amtlichen Organe, als sich den Kopf darüber zu zerbrechen, wie der „Facharbeitermangel“ behoben würde. Hat doch allen Ernstes das Landesarbeitsamt Münster geplant gehabt, Facharbeiter aus Oesterreich oder Ungarn nach Deutschland zu importieren. Dagegen müssen wir christlichen Bauarbeiter ganz entschieden Protest einlegen. In Deutschland und auch im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist kein Facharbeitermangel, wenn die Bauaufträge auf das ganze Jahr verteilt werden. Die ausländischen Bauarbeiter würden nur dazu benutzt werden, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen der deutschen baugewerblichen Arbeiter zu verschlechtern. Daher wehren wir uns gegen eine solche Maßnahme der zuständigen Stellen ganz entschieden. Kollege Einig schloß seine Darlegungen mit dem Appell, alle Kräfte für die Stärkung des Verbandes einzusetzen, dann seien die Interessen der Mitglieder und ihrer Familien gewahrt. Den Ausführungen wurde lebhafter Beifall gezollt.

Alsdann wurde zum gemütlichen Teil geschritten. Ansprechende Konzertvorträge sowie lustige Tanzweisen sorgten dafür, daß die Mitglieder und ihre Angehörigen auch nach der Seite auf ihre Kosten kamen. Eine prachtvoll zusammengestellte Verlosung erzeugte manche Überraschungen. So verlief der erste Familienabend in der schönsten Harmonie. Möge er sich zum Nutzen unseres Verbandes auswirken!

Verwaltungsstelle Arefeld. Ein Familienfest im wahren Sinne des Wortes feierte die Ortsgruppe St. Hubert am 11. Juni. Von Hüls, Hülsberg, St. Hubert usw. hatten sich die Kollegen mit Familie zur Feier in dem im Mittelpunkt gelegenen anheimelnden Lokal mit Gartenanlagen bereits gegen 5 Uhr eingefunden. Während die Jugend durch Scherz und Spiel unterhalten wurde, versuchte die Frauenvwelt sich den Rang im Regeln streitig zu machen, und die Männer übten sich im Schießen. Die 20 Mann starke Kapelle trug schöne Konzertstücke vor und ging dann zu Tanzweisen über, um auch den Tänzern und Tänzerinnen ihren Teil zu geben. Bei Eintritt der Dunkelheit begann dann die Saalfeier. Der Vorsitzende hielt die Begrüßungsansprache und gab dann dem Bezirksleiter, Kollege Häuschen, das Wort zur Festrede. Kollege Häuschen erklärte zunächst, daß es den Arbeitern besonders zu gönnen sei, ein frohes Fest im Kreise ihrer Lieben zu feiern. In kurzen Zügen gab er dann einen Einblick in unser Staats- und Wirtschaftsleben. Er vergaß dabei nicht, der alten Kämpfer zu gedenken, die sich für das Wohl ihrer Arbeitsbrüder geopfert haben. Viel sei bereits erreicht, aber mancher steile Berg müsse noch erklimmen werden, um die Arbeiterschaft zu voller Freiheit und Gleichberechtigung zu führen. Nur Einigkeit und Spiergeist könnten uns den Weg dahin bahnen. Er schloß mit dem Appell an die Jugend, treu und brav in die Fußstapfen der Väter einzutreten und das von ihnen begonnene Werk zur Vollendung zu führen. Möge der gute gewerkschaftliche Geist, wie er in St. Hubert, Hüls usw. herrscht, Gemeingut aller Kollegen werden!

Horst-Emscher. Unsere Ortsgruppe hielt am 12. 6. die monatliche Mitgliederversammlung ab. Der Besuch war zufriedenstellend, obwohl unsere Kollegen von der neuen Konferenzanlage auf Zeche Stinnes 3/4 zahlreicher hätten erscheinen können. Zu dieser Versammlung hatte die Verbandsleitung die Lehrlinge aus unserer Gemeinde eingeladen, die in erfreulicher Anzahl erschienen waren. Nachdem der Vorsitzende, Kollege Jablonki, Ziel und Zweck der Versammlung bekanntgegeben hatte, erteilte er dem Kollegen Einig (Glabbed) das Wort zu seinem Vortrage. Einleitend legte Einig die Verbesserungen für die Lehrlinge im neuen Reichs- und Bezirksarbeitsvertrag dar. Er ersuchte die anwesenden Lehrlinge, dem christlichen Bauarbeiterverband beizutreten, dann werde auch für sie, wie in den übrigen Ortsgruppen der Verwaltungsstelle, das Erforderliche zur Erreichung ihrer tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen getan.

Sodann verbreitete er sich über den Stand der Ortsgruppe sowie der gesamten Verwaltungsstelle Gladbek. Die Mitgliederzahl habe sich in Horst mehr

als verdoppelt. Auch in der Verwaltungsstelle steuern wir mit Riesenschritten der Zahl 800 entgegen. Dieses sei ein erfreuliches Zeichen. Es müsse nunmehr vor allen Dingen dafür gesorgt werden, daß die Gewonnenen der Organisation erhalten bleiben und die noch abseits Stehenden dem Verbannde zugeführt werden. Gewiß habe die eifrige Mitarbeit unserer Vertrauensleute dazu beigetragen, daß es überall vorwärtsgeht, jedoch könne hier und da noch mehr getan werden. Redner richtete daher an die Erschienenen den dringenden Appell, nicht zu ruhen, bis der letzte christliche Bauarbeiter Mitglied des Verbandes ist.

Anschließend gab Kollege Einig noch einen Überblick über den abgeschlossenen Feuerungsstarif. Er bezeichnete es als einen großen Fortschritt, daß es erstmalig gelungen sei, auch die Kokssofenmänner in den Vertrag einzuschließen. Obgleich der Lohn erst ab 1. April 1928 für die Kokssofenmänner um 5 Prozent erhöht würde, seien doch die übrigen vertraglichen Bestimmungen von weittragender Bedeutung für unsere Kollegen im Kokssofenbau. Daher müsse gerade bei diesen Kollegen der agitatorische Geist intensiver werden.

Zu der folgenden regen Diskussion wurden noch manche Winke und Aufklärungen gegeben. Von einem Kollegen der Firma Steder und Roggel wurde Klage darüber geführt, daß, nachdem ungefahr zwölf Bauarbeiter Mitglieder unserer Organisation geworden waren, sie von der Schachtanlage Stinnes 3/4 auf verschiedene Baustellen verfrachtet wurden, obwohl einige schon mehrere Jahre dort gearbeitet hatten. Nach der Ansicht des Kollegen ist diese Maßnahme auf Einwirkung des Delegierten vom Baugewerksbund zurückzuführen. Kollege Einig versprach eine Untersuchung dieser Angelegenheit. Acht Lehrlinge ließen sich sodann neu aufnehmen.

Sozialpolitik

Invalidenversicherung für Angehörige eines unterstützten Erwerbslosen. Die Verordnung über Erwerbslosenfürsorge in der Fassung des Gesetzes vom 10. Dezember 1926 brachte den Gemeinden die Verpflichtung, aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge für die Invaliden, Angestellten- und Knappschaftliche Pensionsversicherung der Erwerbslosen die Beiträge zu entrichten, welche zur Erhaltung der Anwartschaft notwendig sind. Der Umstand nun, daß die Erwerbslosenfürsorge durch Gewährung von Familienzuschlägen indirekt auch die Angehörigen des Erwerbslosen unterstützt, ließ die Frage auftauchen, ob die Gemeinden auch für die Aufrechterhaltung der Anwartschaft in der Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftlichen Pensionsversicherung der Angehörigen des unterstützten Erwerbslosen haftbar gemacht werden können. Nach einem Schreiben des Reichsarbeitsministers vom 31. Januar 1927 ist diese Frage zu verneinen, denn unter „Erwerbslosen“ im Sinne obiger Vorschrift sind nur die Unterstützungsempfänger selbst zu verstehen, nicht dagegen auch die Angehörigen, für welche dem Erwerbslosen die Familienzuschläge gezahlt werden. Somit genügen die Gemeinden der gesetzlichen Forderung mit der Beitragsentrichtung zu vorgenannten Versicherungen für den Unterstützungsempfänger allein.

Sterbetafel

Am 30. Mai starb infolge eines Unfalles unser treuer Kollege Heinrich Rönnekes aus Brenthausen. Rönnekes weilte zum Besuch seiner Familie in seiner Heimat und erlitt durch Sturz mit dem Fahrrad einen Schädelbruch.

Ortsgruppe Dorffeld.
Ehre seinem Andenken!

Meine ermäßigten Winterpreise für
schmale Teakholz-Wasserwagen
vorläufig noch gültig
Längen 100 90 80 75 70 60 50 45-40 35-25 cm
Preis 3,70 3,50 3,30 3,20 3,10 2,80 2,65 2,50 2,20 M.
Ich garantiere für solide und genaue Anfertigung. Bestellungen per Post werden unter Nachnahme zugelandt. Von 4 Stück an portofrei. Von 11 Stück an eine gratis. Sämtliche Maurer-, Stukkatour- und Plattenlegewerkzeuge, nur erste Qualität, zu billigsten Preisen. Prospekte werden unentgeltlich versandt.
Bei Bestellung Größe und Form angeben.
Walter Richter, Düsseldorf, Tannenstraße 51.

Deutscher Versicherungs-Konzern

Die Mitglieder des christlichen Bauarbeiterverbandes versichern ihr Leben bei der
Deutschen Lebensversicherung
Gemeinnützige Aktiengesellschaft
ihre Möbel und ihren Hausrat bei der
Deutschen Feuerversicherung A. G.
und sich selbst gegen Unfall und Gaspflicht in
Berlin-Schöneberg (Post-Friedenau) Köpcke-Str. 15a.
Billige Tarife.
Sulante Schadensbehandlung. — Größte Sicherheit.
Aufsichtsrat-Vorsitzender:
Ministerpräsident a. D. Dr. Stegerwald.
Überall Mitarbeiter gesucht.